

Kampagne 129 ev



*Informationen zu den laufenden §129-Verfahren
in Sachsen und Brandenburg...*



Wer, wie, was? Ein Verein?!

Who we are...

Wir, die „Kampagne 129ev“ sind Menschen aus verschiedenen Zusammenhängen und politischen Gruppen der radikalen Linken. Wir haben eine klare gemeinsame Basis, auf der wir zusammengekommen sind:

Solidaritätsarbeit bedeutet für uns ein politisches Verhältnis herzustellen, in dem diejenigen nicht alleine gelassen werden, die von Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gericht verfolgt werden. Betroffen sind wenige, aber gemeint sind wir alle. Das klingt wie eine hohle Phrase, aber es hat sich gezeigt, dass es den Bullen und der Justiz nicht nur um die Aufklärung von Straftaten geht, sondern um die Einschüchterung von Aktivist*innen und die Behinderung kontinuierlichen Widerstandes.

Wir werden auf keinen Fall versuchen, Unschuldsvermutungen heranzuziehen, um irgendwelchen Bürgern ihre Pseudosolidarität abzuquatschen. Grundlage unserer Arbeit als „Kampagne 129ev“ ist das Bewusstsein von der Legitimität und Notwendigkeit radikalen und militanten Widerstandes gegen Nazis, Staat und Kapital.

Wir hören erst mit der Scheiße auf,
wenn die Scheiße aufhört.

Kontakt via **eMail:**

abolish129@riseup.net

Mama hat gesagt: „Die wollen alle nur dein Geld“ und damit hat sie Recht ... Unterstützen könnt ihr die Betroffenen indem ihr Kohle spendet!

Kohle auf das **Spendenkonto:**

Rote Hilfe Dresden

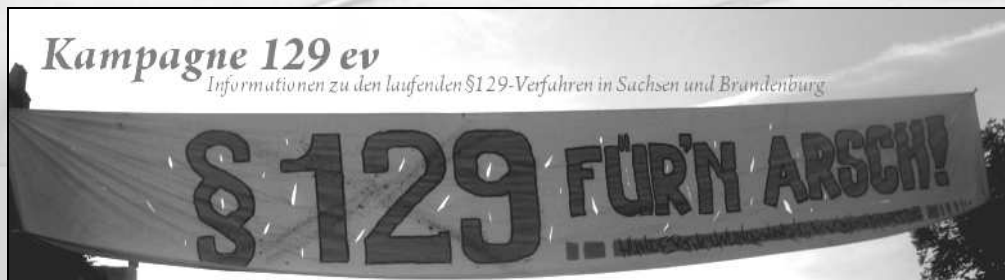
Konto: 609760434

BLZ 36010043, Postbank Essen

Stichwort „129 Verfahren“

Stichwort „129 Soliarbeit“

(Also: Prozesskosten bzw. Kampagnenarbeit)



Inhalt:

**Die Chronik der Repression
Kriminelles Dresden?**

AntiRep-Demo in Dresden:
„Wir sind alle §129!“

Kundgebung in Dresden:
Gegen das Symposium
des sächsischen
Innenministers

Solidemo in Leipzig:
„Unsere Solidarität
gegen ihre Repression!“

Überwachung?
„Sei doch nicht so
paranoid...“

Repression
auf mehreren Ebenen

Wo ist der Maulwurf?!
Selbst der Staat
schiebt Paranoia...

Zur Notwendigkeit
linksradikaler Politik

Hausdurchsuchung
Was tun? Eine kleine
Checkliste...

Weitere Informationen...

Kampagne 129ev
Informationen zu den §129-Verfahren
www.129-ev.tk

Sachsens Demokratie
Eine Initiativgruppe über die sächsischen Zustände
www.sachsens-demokratie.net

Libertäres Netzwerk Dresden
anarchistische Vernetzung
www.libertaeres-netzwerk.info

Rote Hilfe
Solidarität ist der Anfang von Allem!
www.rote-hilfe.de
dresden@rote-hilfe.de
leipzig@rote-hilfe.de



Die Chronik

...der Repression

Kriminelles Dresden?

In den letzten Jahren sind in Dresden zunehmend linke Strukturen in den Fokus der Politik und Strafverfolgungsbehörden gerückt. Woher kommt dieses verstärkte Interesse? Erfolgreiche linke Politik lässt sich in Dresden vor Allem im Zusammenhang mit den antifaschistischen Protesten zur Verhinderung des jährlich stattfindenden Naziaufmarsches um den 13. Februar herum messen, der an die Bombardierung der Stadt 1945 durch die Alliierten erinnern soll. Den zunehmend erfolgreichen Protesten versuchte man anfänglich noch mit Einschüchterung zu begegnen.

So wurde versucht, die Mobilisierung im Vorfeld zu kriminalisieren und sich einzelne Menschen herauszugreifen, um an ihnen juristische Exempel zu statuieren. Allerdings mussten die Strafverfolgungsbehörden und konservative politische Kräfte, die den Naziaufmärschen lange mit Ignoranz oder Kleinreden begegneten, erkennen, dass diese vereinzelt Repressionen nicht den gewünschten Erfolg hatten, und sich eher mehr als weniger Menschen an den Aktionen des zivilen Ungehorsams beteiligten.

Seit 2010 versucht die Stadt nun, dieses Thema selbst mit Menschenketten weit ab der Nazi-Route zu besetzen und die heterogene Protestbewegung durch Kriminalisierung Einzelner ihrer Gruppen zu spalten. Schon seit längerer Zeit laufen in Dresden Ermittlungen gegen Teile der radikalen Linken, die darin mündeten, Anfang 2010 das Konstrukt einer kriminellen Vereinigung nach §129 zu bilden und gegen die darin vermuteten Personen zu ermitteln. Seit diesem Zeitpunkt gibt es nachweislich Telekommunikationsüberwachungen (TKÜ) und die Ermittlung von Bewegungsprofilen durch die Erfassung von Geokoordinaten. Es ist auch eine verstärkte Aktivität des Verfassungsschutzes zu beobachten, die sich an zunehmenden Anquatschversuchen festmachen lässt. Vier konkrete Fälle sind

im Ermittlungszeitraum bekannt, wobei die Dunkelziffer erfahrungsgemäß höher liegt und erfolgreiche Versuche in der Regel nicht bekannt werden.

Kern der Ermittlungen sind jedoch nicht etwa konkrete Aktionen um den 13. Februar. Die Vorwürfe stellen einen Querschnitt alltäglicher linker Politik dar, die von der Organisation des notwendigen antifaschistischen Selbstschutzes bis hin zu Teilnahme an Demonstrationen im In- und Ausland reichen. Am 19. Februar 2011, dem Datum des diesjährigen versuchten – jedoch erfolgreich verhinderten – Naziaufmarsches, wollten die Ermittlungsbehörden dann offenbar gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Eine Razzia im „Haus der Begegnung“ und dem Verein „Roter Baum e.V.“ richtete sich nicht nur gegen die Personen im Ermittlungsfokus der imaginierten kriminellen Vereinigung, sondern gegen das gesamte Bündnis Dresden-Nazifrei und damit auch Teile der bürgerlich - antifaschistischen Strukturen.

Razzia im Haus der Begegnung

Am Abend des 19. Februar wurden die Vereinsräume des „Roter Baum e.V.“ sowie das „Haus der Begegnung“ durch Bremer SEK-Beamte gestürmt und durchsucht. Im „Haus der Begegnung“ befand sich das Pressezentrum für das Bündnis „Dresden-Nazifrei“. Miteinbezogen in die Razzia wurden eine Privatwohnung, ein Anwaltsbüro und ein Büro der Dresdner Linken, sowie eine Krankenstation der Demo-Sanis, die zu diesem Zeitpunkt im Roten Baum eingerichtet war.

Trotz expliziter Nachfrage wurde kein Durchsuchungsbefehl vorgelegt. Es gab lediglich eine mündliche richterliche Zustimmung zum Durchsuchungsantrag

der Staatsanwaltschaft für Räume des Vereins „Roter Baum“. Als Begründung für die Durchsuchungen hatte die Annahme gedient, im Hause hätten sogenannte „Linksextremisten“ Gewaltstraftaten im Zusammenhang mit den Aktivitäten zur Blockade der Naziaufmärsche in Dresden geplant und koordiniert. Insgesamt waren 120 Beamte an der Aktion beteiligt. Speziell die eingesetzten SEK-Beamten taten sich durch den Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt hervor. Eine Person musste notärztlich behandelt werden. Durch eingetretene und aufgesagte Türen entstand ein hoher Sachschaden, auch Teile der Einrichtung wurden beschädigt. Bei der Durchsuchung beschlagnahmten die Beamten 25 Handys, 21 Computer/Laptops und Speichermedien. Die 16 zum Zeitpunkt der Razzia anwesenden Personen wurden gefesselt und für mehrere Stunden festgenommen. Sie mussten sich zum Teil bis auf die Unterhosen ausziehen. Den meisten gestand man erst auf Drängen von Rechtsanwälten das Recht auf anwaltlichen Beistand zu. Gegen alle Anwesenden wurden Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des schweren Landfriedensbruchs (§125a), Aufruf zu Straftaten (§111) und Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) eingeleitet.

Razzien am 12. April 2011

Am 12. April 2011 wurden in Dresden, Leipzig, Machern, Finsterwalde, Grimma und Niesky die Wohnungen von 14 Personen durch ca. 400 Polizeibeamte durchsucht. Ihnen wird – wie bei den Razzien am 19. Februar 2011 – die Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) vorgeworfen. Es wird zusätzlich gegen drei Leute ermittelt, die als Beschuldigte in den Beschlüssen auftauchen, von Razzien bislang aber



SEK und LKA-Beamte durchsuchen am 19. Februar das Haus d. Begegnung/Roter Baum



Sonderkommandos stürmen am Morgen des 12. April die Wohnungen von 14 Personen

verschont geblieben sind. Die Aktenzeichen der Durchsuchungen am 19. Februar und 12. April sind identisch. Laut den Durchsuchungsbeschlüssen geht es um Angriffe auf Nazis, die von einer Art „Kommandostruktur“ gesteuert worden sein sollen.

Diese offenbar lang vorbereitete Durchsuchungsaktion fing gegen 04.00 Uhr morgens an und dauerte bei Einzelnen bis zu acht Stunden. Die Personen, die Zuhause angetroffen wurden, mussten zur „Erkennungsdienstlichen Behandlung“ und DNA-Abnahme aufs Revier; genehmigt wurden die Durchsuchungen vom Amtsgericht Dresden. Gegen einige Personen wird – dies ist seitdem klar – seit fast einem Jahr mit dem Vorwurf des §129 ermittelt. In diesem Zeitraum wurden umfangreich TKÜ sowie Ermittlung und Erfassung von Geokoordinaten betrieben. Einzelne Betroffene wurden bei einem Aufenthalt in Griechenland, wie es ein Durchsuchungsbeschluss offenlegt, von der dortigen Anti-Terror-Einheit überwacht, welche ihre „gewonnen Informationen“ an das BKA weiterleitete.

Unklar war zu diesem Zeitpunkt, was sich die verantwortlichen Behörden mit dem Wohnprojekt „Praxis“ überlegt hatten, welches in einem Beschluss als zu durchsuchendes Objekt auftauchte, zunächst aber verschont geblieben war. Später wurde durch lokale Zeitungen bekannt, dass die geplante Razzia von der Polizei zurückgezogen worden war. Schon am 19. Februar stand die „Praxis“ auf der Durchsuchungsliste der Staatsanwaltschaft. Allerdings kamen die Nazis den Ermittlern mit einem minutenlangen Angriff, bei dem sie ununterbrochen Steine warfen und von der Polizei nicht daran gehindert wurden zuvor, und so wurde die „Praxis“ zum ersten Mal zunächst von der Liste gestrichen. Bei der 2. Razzia sollen die BewohnerInnen der „Praxis“ gewarnt worden sein. Die Staatsanwaltschaft sucht nun auch noch nach einem Maulwurf in den Reihen der Polizei.

Razzia am 02. Mai 2011

Am 02. Mai 2011 wurde das Wohnprojekt „Praxis“ in Dresden-Löbtau schließlich doch noch zum Ziel einer Hausdurchsuchung, dabei lagen konkrete Durchsuchungsbeschlüsse gegen 3 BewohnerInnen vor. Zwei davon befanden sich zu diesem Zeitpunkt im

Haus. Die Durchsuchung erfolgte durch das LKA und 150 Beamte aus „Beweissicherungs- und Festnahme-einheiten“ (BFE), die verumt und mit Maschinenpistolen bewaffnet ins Haus eindrangen. Sie holten mehrere Personen aus den Betten und fesselten sie mit Kabelbindern. Vier Personen wurden mit vorgehaltener Maschinenpistole in einen separaten Raum geführt und dort festgehalten. Dem Besitzer eines Hundes drohte man mehrfach mit der Erschießung des Tieres. Bei der Durchsuchung einiger Räume durften keine Zeugen anwesend sein.

Die Beamten belästigten auch weitere Bewohner*innen in ihren Wohnungen und versuchten mehrfach verschiedene Wohnungstüren einzurammen, obwohl für diese Räumlichkeiten gar kein Durchsuchungsbeschluss vorlag. Die Durchsuchung dauerte insgesamt rund 5 Stunden. Gegen die Betroffenen wurde ein Ermittlungsverfahren nach §129 eingeleitet, mit identischem Aktenzeichen wie bei den Durchsuchungen am 19. Februar und 12. April. Die Beamten beschlagnahmten unter anderem Rechentechnik, Speichermedien, Flugblätter, Plakate, Transparente und Kleidung. Sie präsentierten auch „Steine, die als Wurfgeschosse dienen könnten“ als Ermittlungserfolg, welche erst durch die Untätigkeit der Polizei am 19. Februar von 250 Neo-Nazis auf das Gelände und in das Gebäude geworfen werden konnten.



Während in der „Praxis“ die Spurensicherung arbeitet, verteilt das BFE auf der Straße Platzverweise gegen Sympathisant*innen

Der Ausblick

Die Durchsuchungen müssen als Teil vielfältiger juristischer und repressiver Angriffe und Einschüchterungsversuche gegen linke Strukturen in Sachsen eingeordnet werden. Dies ist wenig überraschend, hat sich doch der amtierende Chef des sächsischen LKA Jörg Michaelis die „linksmotivierte

Kriminalität“ als neuen Arbeitsschwerpunkt gesetzt. Damit folgt er dem Tenor der Bundesinnenministerkonferenz im Mai 2010, welche sich auch verstärkt den Kampf gegen den „Links-extremismus“ auf die Fahne geschrieben hat.

Die Ermittlungen reihen sich in die Behinderung linker Politik im Zusammenhang mit der Einführung der Extremismusklausel im November 2010 ein. In dieser sollen Vereine und Initiativen ihre Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung erklären und gleiches auch für ihre PartnerInnen zusichern. Darüber hinaus ermächtigte sich das sächsische Innenministerium in den neuen Fördermittelbescheiden, die Öffentlichkeitsarbeit von ZuwendungsempfängerInnen zu kontrollieren und zu beeinflussen und damit einen direkten Angriff auf die Pressefreiheit zu unternehmen. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den Verein „Roter Baum“ wurde gegen diesen ein Fördermittelvorbehalt für Jugendhilfegelder durch den Dresdner Stadtrat erwirkt.

Gerade durch den langen Überwachungszeitraum ist noch nicht klar, wie die Strafverfolgungsbehörden das Konstrukt weiter entwickeln werden und wo und wann es weitere Hausdurchsuchungen geben wird. Solange nach §129 ermittelt wird, werden sie wohl nichts ungenutzt lassen um die Dresdner Szene zu durchleuchten und zu kriminalisieren. Dabei ist es zweifelhaft, ob das Konstrukt der kriminellen Vereinigung aufrecht erhalten wird. Wir gehen davon aus, dass eine Auswahl einzelner Beschuldigter erfolgen wird. Betroffen werden soll der (vermeintliche) militante Kern. Wir sehen darin den Versuch, eine Spaltung und Entsolidarisierung zwischen der radikalen Linken und der bürgerlichen Zivilgesellschaft herbeizuführen, mit dem Ziel der Zerstreuung, Verunsicherung, Lähmung bis hin zur politischen Isolation und praktischen Handlungsunfähigkeit. Dem gilt es entschlossen entgegenzuwirken! Solidarisiert euch mit den Betroffenen der 129-Verfahren!

Der Repression die Zähne zeigen!

AntiRep-Demo in Dresden:

„Wir sind alle §129!“

Am 21.04.2011 gab es in Dresden eine Anti-Repressions-Demo. Hintergrund waren die Razzien vom 12.04.2011, in deren Zuge 14 Menschen in den frühen Morgenstunden unsanft geweckt wurden. Der Schwerpunkt der Razzien lag in Dresden. Unter dem Motto „§129 kennen wir schon – Feuer und Flamme der Repression“ demonstrierten ca. 100 Menschen durch die Stadt.



Passt aufeinander auf!
Zitiert nach „Früchte des Zorns“

Schon bevor die Demonstration am Jorge-Gomondai-Platz überhaupt beginnen konnte, gab es die ersten Provokationen der Polizei. Die Personalien der Ordner*innen wurden kontrolliert. Anschließend bekamen zwei von ihnen gesagt, sie stünden in der Kartei „Gewalttäter Links“ und kämen damit nicht als Ordner*innen in Frage. Nach langen, nervigen Wortgefechten begann die Demonstration mit Verzögerung und neuen Ordner*innen. So etwas ist eben der Preis für eine Demoanmeldung.

Als erstes wurde der Aufruf der Demonstration verlesen. Bestückt mit Fahnen und Transparenten liefen die Anwesenden begleitet von einem Lautsprecherwagen und einer Sambaband in Richtung Innenstadt. Die ersten Redebeiträge folgten, es wurde unter anderem ein Text des ABC Berlin zur Rolle von Gefängnissen in der kapitalistisch organisierten Gesellschaft verlesen. Die nächste Schikane folgte prompt...

Am Zwischenkundgebungsort Schlossplatz – bezeichnenderweise kurz vor dem Betreten der Altstadt – fiel den Bullen „ein Aufruf zur Gewalt“ ins Auge; ein Transparent mit der Aufschrift „Die ganze Welt hasst die Polizei“ und einem entsprechenden Bild. Daher wollten die Bullen das besagte Transparent beschlagnahmen und andernfalls das Weiterziehen der Demo verhindern. Nun kam richtig Stimmung auf, die Moderation begründete lautstark, warum mensch die Polizei nur hassen kann, auch über den aktuellen Anlass hinaus. Der Spruch „die ganze Welt hasst die Polizei“ wurde die Parole des Abends. Schönes Eigentor – und das alles am Schlossplatz unter den Augen etlicher Tourist*innen. Nachdem die Anmelderin das Transparent an sich genommen hatte, ging es lauthals („Die ganze Welt...“) weiter durch die Innenstadt. Immer wieder betonte die Moderation, begleitet von vielfältigen Demosprüchen, das Anliegen der Demo.

Am zweiten Zwischenkundgebungsort Altmarkt (Tourist*innen + Shopping-Fans) gab es einen umfassenden Redebeitrag, der die Extremismusdebatte in den Kontext der aktuellen schwarz-gelben Politik stellte, sowie die damit verbundenen Konsequenzen für Menschen und Initiativen durch fortwährende Repression und Extremismusklausel benannte.



Bei diesem und dem letzten Redebeitrag schien einigen aufmerksam zuhörenden Polizist*innen ihr Job regelrecht peinlich zu sein. Das letzte Stück der Route bis zum Polizeirevier Schießgasse wurde fortwährend genutzt, um das gemeinsame Anliegen – ein Ende von juristischen Maßnahmen und öffentlicher Verleumdung – nach außen zu tragen. Am Polizeirevier angekommen folgte der letzte Redebeitrag, welcher nicht zu beschreiben ist, aber sehr einprägsam war. Dieser und die anderen Redebeiträge

können auf der Internetseite des „Libertären Netzwerks“ nachgelesen werden.



Transparent des Anstoßes:
„Griechische Antirepression“

Das bittere Ende: Die Bullen entwendeten doch noch das Transparent von der Anmelderin und zwei mutmaßliche Transpihalter*innen wurden festgehalten, kontrolliert und abgefilmt. Die schöne Szene, als Team Green das Transpi („Die ganze Welt hasst die Polizei!“) selbst hielt, um es abzufotografieren, konnten wir leider nicht dokumentieren.



Demonstration in Richtung Semperoper

Wir lassen uns nicht einschüchtern!
Drei Wochen nach den letzten Razzien gab es am 02.05.2011 wieder einen Hausbesuch von den Bullen in Dresden. Diesmal war das alternative Wohnprojekt Praxis dran, das am 19. Februar – unter den Augen der Polizei – von 200 Nazis angegriffen worden war. Eine Pressemitteilung dazu findet ihr unter www.libertaeres-netzwerk.info.

Einige von euch fragen sich vielleicht schon, warum eine Reaktion ausbleibt. Die Überlegung dabei: Eine weitere Demo o.ä. mit geringer Mobilisierungszeit würde vermutlich wieder keine für die Stadt oder die Polizei beachtliche Größe erreichen. Und: Wie viel Kraft kann eine Demo mit 100 Leuten den Betroffenen spenden? →

→ Gerade bildet sich unter dem Namen „129 ev“ eine Kampagne, die (neben viel anderem) eine bundesweite Anti-Repressions-Demonstration in Dresden plant. Ihr werdet also von uns hören! Des Weiteren sind Soli-Aktionen natürlich immer schön und geben Auftrieb.

Wir rufen alle Menschen zur Solidarität mit den von Überwachung, Durchsuchungen und Anklagen Betroffenen auf! Wehrt euch gegen staatliche Willkür!

Organisiert und bildet Euch für eine Gesellschaft ohne Herrschaft, Ausbeutung und Diskriminierungen!

*Libertäres Netzwerk Dresden
und die Kampagne 129 ev*

Kundgebung gegen das Symposium



Bilder von der Kundgebung

60 Menschen protestierten (am 20. Mai 2011) vor dem Symposium des Innenministers in der Sächsischen Aufbaubank. Sie kritisierten die inhaltliche Ausrichtung, wie auch die Zusammensetzung des Podiums. Statt einer Belehrung in Staatsrecht und Extremismuskonzeption plädierten die Demonstrant*innen für eine wirklich offene Debatte, die sich nicht um die wesentlichen Fragen herumdrückt, sondern einen Beitrag leistet, die Frage zu beantworten, wie legitime Proteste gegen Nazis unterstützt werden können.

Protest gegen Nazis und ihre Aufmärsche. Aber auch über rassistische, antisemitische und sozialdarwinistische Einstellungsmuster in der Gesellschaft.“

Dieses Symposium hat diese Funktion nicht erfüllt. Stattdessen präsentierte Innenminister Ulbig ein extrem sortiertes Podium und Publikum. Kampagnen-Sprecher Tobias Naumann dazu:

„Diejenigen, die die Proteste gegen Nazis in den letzten Jahren maßgeblich bestimmt haben, sind auf dem Podium nicht berücksichtigt worden. Statt eine Diskussion konträrer Positionen zu ermöglichen, sind jene ausgeschlossen, die sich jenseits staatlicher Neutralitätsregeln gegen Menschenverachtung auf die Straßen stellen oder setzen und sich das Recht als Bürger_innen nehmen auch von zivilem Ungehorsam Gebrauch zu machen. Gehör wurde in erster Linie der staatlichen und juristischen Perspektive verschafft.“

Neben der Zusammenstellung des Podiums unterstreicht auch die Einladungspolitik, dass die angekündigte „breite gesellschaftliche Debatte“ verfehlt wurde. „Mit dem halbherzigen Verweis auf die begrenzte Sitzplatzkapazität wurden Vertreter_innen der Zivilgesellschaft offenbar gezielt ausgeladen. Denn einige Stühle blieben bezeichnenderweise heute frei. Einen davon durfte dann auch noch ein Nazi besetzen. Der NPD-Landtagsabgeordnete Andreas Storr verschaffte sich per Gerichtsentscheid in letzter Minute Zutritt zum Symposium.“

Ihre Kritik vermittelten die Protestierenden mit Flugblättern, Transparenten, Schildern und kreativen Spielen.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Quelle und WEB:
www.sachsens-demokratie.net

eMail:
presse@sachsens-demokratie.net

Die Sprecherin der Kampagne „Sachsens Demokratie“ Josephine Fischer erklärt: „Wir brauchen keine Vorlesung in Staats- und Polizeirecht. Wir wollen keine Debatte über die Zwänge des Staates, denn wir sind nicht Staat und daher nicht zur Neutralität verpflichtet. Stattdessen halten wir einen wirklichen breiten gesellschaftlichen Diskurs für notwendig. Und zwar über notwendigen



Solidemo in Leipzig

Etwa 600 Menschen – darunter zahlreiche linke und antifaschistische Gruppen – haben am Dienstagabend (12. April 2011) im Leipziger Süden gegen staatliche Repression demonstriert.

Anlass waren groß angelegte Polizeirazzien am Dienstagmorgen, bei denen in Sachsen und Brandenburg insgesamt 20 Wohnungen und Geschäftsräume durch das Landeskriminalamt zeitgleich durchsucht wurden. Die meisten Durchsuchungen haben in Dresden stattgefunden, eine in Leipzig.



Fronttransparent: „Solidarität ist der Anfang von allem...“

Hintergrund

Das LKA ermittelt wegen des Polit- und Gummi-Paragraphen 129 des Strafgesetzbuches ("Bildung krimineller Vereinigungen"). Laut Presseberichten wird den Beschuldigten unterstellt, an Aktionen beteiligt gewesen zu sein, die sich vorrangig gegen Neonazis gerichtet haben sollen. Aus diesem Grund hat scheinbar auch eine monatelange Telekommunikations-Überwachung (TKÜ) dieser Personen (und aller Menschen, die mit ihnen per Handy oder Internet kommuniziert haben) stattgefunden.

Gegen diesen krassen Versuch, antifaschistisches Engagement zu kriminalisieren, versammelten sich nach wenigen Stunden Vorlaufzeit zahlreiche Menschen am Leipziger Wiedebachplatz, zogen auf die Karl-Liebknecht-Straße und liefen bis zum Polizeirevier in der Dimitroffstraße. Die Polizei begleitete die angemeldete Demonstration zunächst spärlich. Allerdings gab es schon vor Beginn der Demonstration willkürliche Personenkontrollen. Vor dem Polizeirevier hatte sich die Polizei verummmt und behelmt aufgestellt.

Weiter ging es in umgekehrter Richtung: Bei einem kleinen Sprint kam die Polizei ins Schwitzen und eine Beamtin versuchte, die Demonstrationsspitze durch einen CS-Sprühnebel zurückzuhalten. Zuvor hatten Polizisten eine Person aus dem hinteren Teil der Demo herausgegriffen, weil sie – oh weh! – einen Aufkleber verklebt haben soll.

Laut und kämpferisch endete der Demonstrationzug am Connewitzer Kreuz. Die Online-Ausgabe der Leipziger Volkszeitung berichtete kurz darauf, dass es laut Angaben der Polizei, die übrigens von 400 bis 500 Demonstrierenden spricht, keine "Auseinandersetzungen" gegeben habe. Auch im Anschluss habe es "keine weiteren Vorkommnisse" gegeben. Dasselbe berichtete die BILD-Zeitung in ihrer gedruckten Leipzig-Ausgabe vom Mittwoch. Am selben Tag erschien noch ein Artikel der "Leipziger Internet-Zeitung" (L-IZ), in dem es ebenfalls heißt: "Auseinandersetzungen und andere besondere Vorkommnisse blieben jedoch aus."

Augenzeug*innen berichten allerdings, dass nach dem Ende der Demonstration mehrere hundert Menschen ihren Weg auf der Bornaischen Straße fortgesetzt und spontan einen Weg durch die Biedermannstraße eingeschlagen haben. Dort soll es laut Hörensagen zu Beschädigungen an Fassade und Fenstern einer Bürgeramtsfiliale gekommen sein. Außerdem sollen einige Mülltonnen in Bewegung geraten sein.

Sicher ist, dass der Leipziger Süden seit Dienstag (in Folge dessen) verstärkt bestreift (wurde) – dabei werden im "Szeneviertel" auch Zivilpolizisten eingesetzt. Passt also auf euch auf. Und wie in jedem Repressionsfall gilt auch diesmal: Klappe halten!

Solidarität mit allen Betroffenen!

Für konsequenten Antifaschismus und eine starke, radikale Linke!



600 Menschen demonstrieren in Leipzig

Zum Weiterlesen:

Neuer Mann, neuer Kurs
Hausdurchsuchungen in Sachsen:
<http://www.addn.me/antifa/neuer-mann-neuer-kurs-hausdurchsuchungen-in-sachsen-und-brandenburg/>

Stelleungnahme des Libertären Netzwerkes
Dresden zu Razzien in
Sachsen und Südbrandenburg:
<https://www.libertaeres-netzwerk.info/libertaeres-netzwerk/news-detail/datum/2011/04/12/pm-stellungnahme-zu-razzien-in-sachsen-und-suedbrandenburg/>

Quelle:
<http://de.indymedia.org/2011/04/304704.shtml>

Überwachung?

„Sei doch nicht so paranoid...“

Dass die Ermittlungsbehörden zu Strafverfolgungszwecken auf die Auswertung von Telekommunikationsdaten setzt, ist nichts Neues...

Was zu Beginn der Woche (also am 20. Juni) bekannt wurde, nämlich dass die Polizei „im Februar dieses Jahres die Handyverbindungen von tausenden Demonstranten, Anwohnern, Journalisten, Anwälten und Politikern“ protokollierte (taz), war mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kein Einzelfall.

Der Bundesvorsitzende des VVN-BdA und ehemalige Rektor der Berliner Humboldt-Universität Heinrich Fink, „warf Polizei und Justiz am Dienstag vor, »alle rechtsstaatlichen Grundsätze über Bord geworfen zu haben«. »Offenbar wollen die politisch Verantwortlichen in Sachsen es den Nazis so gemütlich wie irgend möglich machen, während (...) mit voller Wucht und offenbar fernab von Recht und Gesetz gegen Antifaschisten vorgegangen wird.«“ (jW).

Nachdem der Skandal bereits perfekt schien, stellte sich heraus, dass bereits „seit 2009 tausende Kundendaten der Baumarktkette OBI sowie zehntausende Mobilfunkdaten aus dem Bereich der Dresdner Neustadt beim Sächsischen Landeskriminalamt gespeichert und ausgewertet“ wurden (mdr). Anlass dafür waren mehrere brennende Bundeswehrfahrzeuge in einer Dresdner Kaserne am 12. April 2009.

Zur Erinnerung: Unbekannte erklärten in einem Bekennerschreiben mit den Anschlägen „den Kriegen ihre materielle Grundlage entziehen (zu wollen). Eigenverantwortliche Abrüstungsschritte sind daher das Gebot der Stunde. Um menschenverachtendes Kriegsgerät unbrauchbar zu machen, haben wir es einfach angezündet“ (Direct Action News). Die „162.000 Rechnungsbelege von OBI“ und zehntausende Daten von Mobilfunknutzer*innen „seien noch nicht gelöscht worden“. Diese „Belege waren für die Polizei wichtig, weil eine Komponente eines am Tatort sichergestellten unbeschädigten Brandsatzes nur bei OBI erhältlich war.“ (c't)



Nun ist es für uns, als „Kampagne 129 ev“ nicht weiter verwunderlich, dass die Strafverfolgungsbehörden alle zur Verfügung stehenden Mittel (sowie diese rechtens oder nicht) einsetzen um ihre Repression entfalten zu können. Die Betroffenen des §129-Verfahrens, sowie

weite Teile der linken Szene Dresdens wurden ebenfalls einer TKÜ (Telekommunikationsüberwachung) unterzogen um das Konstrukt der „kriminellen Vereinigung“ aufzubauen. Das Wissen um diese Bespitzelungen und daraus folgende Schutzmaßnahmen gehören zum Basiswissen für politisch aktive Menschen. Einerseits verurteilen wir die unverhältnismäßigen Maßnahmen gegen die Teilnehmer*innen der Blockaden. Gleichzeitig wollen wir aber klarstellen, dass wir uns nicht in den Kreis der empörten Bürger*innen einreihen, um gemeinsam das Aushebeln der „demokratischen Grundrechte“ zu betrauern.

Der Grund dafür ist ebenso einfach wie logisch: Es sind zumeist die gleichen Bürger*innen, welche die TKÜ und andere Repressionsmittel gutheißen, wenn sie gegen vermeintliche „Linksextremisten“ eingesetzt werden. Als radikale Linke fordern wir somit nicht nur, diesen Überwachungsstaat etwas transparenter zu machen, sondern streben nach dessen gänzlicher Abschaffung!

Für mehr brennende Bundeswehrfahrzeuge und blockierte Naziaufmärsche in Dresden und überall!

Kampagne 129 ev



Repression

...auf mehreren Ebenen

Mit den Razzien vom 19.02., 12.04. und 02.05. 2011 findet die Repressionswelle gegen linke Politik in Dresden einen vorläufigen Höhepunkt. Und verdeutlicht die Dimension der Aggressivität, mit der emanzipatorische Bestrebungen verstärkt konfrontiert werden - europaweit.



Seit dem Aufkommen der Extremismus-Debatte wird der Versuch intensiviert, eine bürgerliche Mitte zu konstruieren, die von „extremistischen Rändern“ bedroht wird.

Die konservativen Sozialwissenschaftler Eckhart Jesse und Uwe Backes liefern neben anderen die theoretische Grundlage dafür¹.

In pseudo-wissenschaftlichen „Erkenntnissen“ werden u.a. radikale Linke und Nazis als gleichermaßen gefährlich wie bekämpfungswert betrachtet. Als politisches Instrument diskreditiert und delegitimiert die so genannte „Extremismustheorie“ vor allem linke Positionen und Handlungen und verharmlost rechte Aktivitäten.

In diesem Zusammenhang wurde von der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) Anfang 2011 die so genannte „Extremismusklausel“ eingeführt, wonach zivilgesellschaftliche Initiativen, die bestimmte staatliche Förderungen erhalten wollen, auf ihre Verfassungstreue geprüft werden sollen. Dies betrifft zunächst die vom Bund angebotenen Förderprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ sowie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und die Initiative „Demokratie stärken“

wobei es Bestrebungen gibt, jedwede Bundesförderung mit der Klausel zu versehen.

Abgesehen von einem Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ sollen Vereine und Initiativen mittels Verfassungsschutzberichten und Informationen durch andere öffentliche Behörden, auf ihre verfassungsmäßige Konformität geprüft werden. Außer den etwaigen FördermittelempfängerInnen werden auch deren UnterstützerInnen und PartnerInnen ins Visier genommen. Hiermit sollen vor allem Initiativen gegen Nazis bzw. deren Finanzierung mehr in den Fokus gerückt werden.

Sachsen spielt dabei eine besondere Rolle, da hier schon vor der bundesweiten Einführung der Klausel die Extremismuskeule geschwungen wurde. Der „Verein Alternatives Kultur- und Bildungszentrum e.V.“ (AKuBiZ) in Pirna lehnte am 9. November 2010 den mit 10.000 Euro dotierten Sächsischen Demokratiepreis aus Protest ab², da der Preis schon hier mit der Forderung verknüpft wurde, eine „anti-extremistische“ Grundsatzerklärung zu unterschreiben. Dennoch benötigte der Verein dringend das Geld für seine Tätigkeit, woraufhin eine rasche Welle der Solidarität dafür sorgte, dass das AKuBiZ den für das Preisgeld veranschlagten Wert in Form von Spenden erhielt und dem Verein somit der Rücken gestärkt wurde.

Die Bundesinnenministerkonferenz (IMK), ebenfalls im November 2010, in Hamburg³ brachte auf den Punkt, in welche Richtung es künftig geht: Die Bekämpfung von „Linksextremismus“ wird intensiviert, weshalb u.a. für die Landesverfassungsschutzämter mehr Gelder freigegeben werden. „Demokratiefördernde“ Bundesprogramme auf dem sollen „Rechts“- und „Linksextremismus“ sowie Islamismus verstärkt thematisieren, unter der Maßgabe, der gleichwertigen Behandlung dieser Schwerpunkte. Eine

Linie, die u.a. in Verfassungsschutzberichten schon seit Jahren verfolgt wird. „Radikalisierung“ bedürfe einer frühzeitigen Erkennung, wobei nun verschiedene zivilgesellschaftliche, geheimdienstliche und justizielle Instrumente herangezogen werden, um „deradikalisierend“ auf die Gesellschaft zu wirken.

Somit war bundesweit der Startschuss für eine millionenschwere Offensive gegen linke Strukturen gegeben, in der offensichtlich wenig dem Zufall überlassen wird und deren Ende nicht in Sicht ist.

AktivistInnen werden dabei permanent und immer dreister mit Repression überzogen, während versucht wird, sie von potenziellen BündnispartnerInnen zu isolieren.

Durch intensives Räumen besetzter Häuser und Wagenplätze werden experimentelle Freiräume, die eine Alternative zur kapitalistischen Verwertungslogik darstellen, nach und nach zerstört. Neubesetzungen wandeln sich zumeist nicht in langfristige Perspektiven. Kraftvolle Demos werden seltener und polizeiliche Taktiken dahingehend ausgeklügelter (Stichwort „Deeskalationsstrategie“). Planmäßig wird die Möglichkeit eines herrschaftsfreien Lebens mit jedem Tag ein Stück mehr bekämpft und viele Aspekte des Widerstands „proaktiv“⁴ verunmöglicht.

Doch nicht nur in Deutschland werden die Zeiten eisiger...

Seit dem 11. September 2001 und den sich häufenden direkten Aktionen, riots und Streiks, die eine wachsende Unzufriedenheit (vor allem im süd- und westeuropäischen Raum) im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Sektor signalisieren, sind *radicalism studies* EU-weit im Trend. Allerdings sind diesbezügliche Forschungen an sich

4 Nach dem Englischen *preemptive* wird auch des Öfteren „präemptiv“ synonym genutzt.

http://euro-police.noblogs.org/gallery/3874/proaktive_repression.pdf
<http://www.polizei.rlp.de/internet/med/b08/b0840180-1496-1e11-3d58-731f42680e4c,22222222-2222-2222-2222-222222222222.isDownload.pdf>
<http://www.schattenblick.net/infopool/politik/report/prbe0065.html>

1 u.a. Uwe Backes, Eckhard Jesse: *Vergleichende Extremismusforschung*. Nomos, Baden-Baden 2005

2 <http://taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/annahme-verweigert/>
 3 http://www.bundesrat.de/cln_152/DE/gremien-konf/fachministerkonf/imk/Sitzungen/10-05-28/Beschl_C3_BCsse,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Beschl_C3%BCsse.pdf

weitaus älter.

So beschäftigte sich zum Beispiel die Soziologin Donatella della Porta schon seit den 90ern mit der Entstehung der bewaffneten Kämpfe u.a. in Westdeutschland und Italien bzw. der „Radikalisierung“ der schlussendlich bewaffneten Gruppen. Später wendete sie ihren Blick auf soziale Bewegungen in der Welt (*studies on social movements*) und berät die Europäische Union dahingehend.

Radicalism wird, wie beim „Extremismus“-Begriff sehr schwammig beschrieben und findet oft in Zusammenhang mit *terrorism* Anwendung wobei diese „Phänomene“, sicherlich auch mangels einheitlicher Definition, nie richtig voneinander abgegrenzt werden.

So wurde 2006 das ‚Europäische Netz der Experten für Radikalisierung‘ (*ENER*)⁵ gegründet welches als Arbeitsinhalte etwa den Umgang mit „Brutstätten für potenzielle Terroristen“, „Aktivierung der Zivilgesellschaft im Kampf gegen den gewaltbereiten Extremismus“ oder „eigenverantwortliches Vorgehen der Städte und Gemeinden gegen Radikalisierungstendenzen“ hat.

Dem *ENER* gehören „ExpertInnen“ verschiedener akademischer Fachrichtungen sowie nicht näher bezeichnete „an der Basis tätige BerufspraktikerInnen“ an. Ob es sich dabei auch um Cops handelt, bleibt unklar. Die *ENER*-Webseite⁶ empfängt jedenfalls BesucherInnen mit einem Bild, auf dem sich zwei martialisch verummte Polizeibeamte an einer EU-Fahne abseilen. Veröffentlichungen von *ENER*-MitgliederInnen bzw. Vorträge auf Tagungen legen indes nahe, dass auch politischer Aktivismus unter dem Vorwand einer „Extremismusbekämpfung“ aufs Korn genommen wird. Auf der Webseite findet sich auch eine Infobox zu „Anti-globalisation

extremism“ (Extremismus bei GlobalisierungskritikerInnen bzw. gegnerInnen), dessen Bandbreite vom „linksextremen Anarchismus bis Al-Qaida“ reiche.

Das *ENER* unterstützt auch das in Belgien sitzende EU-Projekt „Community policing and prevention of radicalisation & terrorism“ (*CoPPRa*)⁷, welches vier konkrete Ziele anstrebt.

Sie umfassen das Erstellen eines Taschenbuchs für die/den ersteingreifende/n Polizeibeamte/n zwecks frühzeitiger Aufspürung der Radikalisierung, die Entwicklung eines Ausbildungsprogramms, das mit dem ersten Ziel verbunden und in allen 27 EG-Mitgliedstaaten anwendbar ist. In einem späteren Schritt kann dieses Ausbildungsprogramm durch die *Cepol* (Europäische Polizeiakademie)⁸ als „core curriculum“ anerkannt werden, was bedeutet, dass Erkenntnisse von *CoPPRa* als Lehrinhalte verkauft werden, die auf „örtlich relevante Problembereiche übertragen werden sollen“ und „den örtlichen Gegebenheiten entsprechend vorgetragen werden“. Desweiteren sollen die „besten“ Praktiken in den 27 EU-Mitgliedsstaaten, nach denen die/der „ersteingreifende“ Polizeibeamte gemeinsam der Verbreitung von radikalem Gedankengut entgegenwirken kann, identifiziert werden. Außerdem galt als Ziel die Organisation einer europäischen Konferenz in Antwerpen, die auch am 22. und 23. September 2010 abgehalten wurde.

Als Grundlage der „Arbeit“ von *CoPPRa* dient, ähnlich unwissenschaftlich wie das „Hufeisenmodell“ der Extremismustheorie, eine „Radikalisierungspyramide“⁹, welche aus sechs Elementen besteht und eine Art Schema-F in Bezug auf „Radikalisierungsprozesse“ darstellen soll.

So beginnt alles mit dem Feststellen von *unhappy people in society* (unglücklichen

Bevölkerungsanteilen). Aus dieser Phase des Unglücklichseins folgt *looking for justice* (das Schauen nach Gerechtigkeit), was der Logik der Pyramide nach nur Eins zur Folge hat: *frustration*, woraufhin es als unumgänglich erscheint, dass besagte Individuen in der nächsten Stufe *member of a radical group* (Mitglieder einer radikalen Gruppe) werden. Als vorletzte Steigerung natürlich die *further radicalisation* (weitere „Radikalisierung“) und schließlich, die Spitze der Pyramide: *terrorism*- Terrorismus als einzig logisch dargestellte Konsequenz aus wachsender Unzufriedenheit.

So absurd diese schematische Darstellung der stufenweisen „Radikalisierung“ wirkt, so ernst ist es damit den ProtagonistInnen, die eben diese „Radikalisierungspyramide“ EU-weit als Erklärungsmodell und Arbeitsgrundlage etablieren.



Die sog. Radikalisierungspyramide

Deutsche Partnerin von *CoPPRa* ist die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen, dessen Landesamt für Verfassungsschutz die dreiteilige „anti-extremistische“ Comicserie mit „Andi“¹⁰ herausgab, die eine Gleichsetzung von radikalen Linken, Neonazis und IslamistInnen betreibt.

Interessant ist natürlich, abgesehen von all dem „theoretischen Input“, wie sich diese „Erkenntnisse“ aus *radicalism studies* nun praktisch auswirken und politische Realität in europäischer Dimension werden.

Als quasi europäisches Innenministerium wurde im Februar 2009 der „Ständige Ausschuss des Rates für die innere Sicherheit“ (*COSI*)¹¹ gegründet welcher aus den Ministerien der Mitgliedstaaten bestückt wird. Für die Bundesrepublik Deutschland werden jeweils ein/e VertreterIn des Innenministeriums, des Justizministeriums und der Bundesländer entsandt.

5 <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34433/1.html>

http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/fight_against_terrorism/jl0041_de.htm
www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD15-1677.pdf

6 <http://www.ec-ener.eu/home>

7 <http://euro-police.noblogs.org/2010/09/copptra-%E2%80%93community-policing-preventing-radicalism-terrorism/>
<http://www.heise.de/tp/artikel/34/34433/2.html>
<http://police-eu2010.be/mu-eu2010/de/projekte/copptra/project-copptra/>

8 <http://www.cepol.europa.eu/>

9 <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34433/2.html>

10 <http://www.andi.nrw.de/>

11 http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111618.pdf

Für Fragen der Zollzusammenarbeit kann auch das Finanzministerium eine/n Beauftragte/n bestimmen. In diesem Ausschuss werden Angelegenheiten in Polizei- und Zollbehörden, Außengrenzen sowie die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen besprochen.

COSI soll Mängel feststellen und Empfehlungen für ihre Beseitigung aussprechen. Wenn es vom *COSI* als notwendig erachtet wird, können auch VertreterInnen von *Eurojust*¹², *Europol*, *Frontex* und „anderen einschlägigen Einrichtungen“ eingeladen werden.

Zugearbeitet wird von den neu geschaffenen Arbeitsgruppen „Terrorismus“ und „JI-Außenbeziehungen“¹³. Ein Themengebiet, welches, abgesehen von den „üblichen“ grenzüberschreitenden Kriminalitäten kontinuierlich vom *COSI* behandelt wird, betrifft speziell AntiSpe-AktivistInnen unter dem Begriff *Animal Rights Extremism*, demgegenüber der *Europäische Rat* ein „hohes Maß an Vorsicht und Wachsamkeit“ empfiehlt.

In *Dolphin*¹⁴, einer der Analysedateien von *Europol*, in diesem Fall für „nicht-islamistischen Extremismus“ in der EU, werden alle Erkenntnisse gesammelt, die dahingehend gesammelt werden können. Neben der Zusammenarbeit mit dem Geheimdienstzentrum *SitCen*¹⁵ in Brüssel fordert der *Europäische Rat*, dass *Europol* zum „Angelpunkt des Informations-austauschs“ zwischen obersten Polizeichefs, StaatsanwältInnen, LeiterInnen von Aus- und Fortbildungsinstituten, LeiterInnen der Gefängnisverwaltungen oder GeneraldirektorInnen der Zollbehörden werden soll.

*Europol*s Informationssysteme bestehen hauptsächlich aus dem Informationssystem (Personen, Straftaten und Verweise auf aktenführende Stellen) und den Analysedateien (fallbezogene

Dateien mit Daten von ZeugInnen, Opfern, Kontakt-, Begleit- oder Auskunftspersonen). Ein drittes Indexsystem verschlagwortet die Einträge. Die Zahl der Analysedateien ist letztes Jahr von 19 auf 21 gewachsen, hinzugekommen ist „*Maritime Privacy*“ (Bekämpfung der Piraterie) und „*Check the Web*“ (Austausch über „islamistisch-extremistische Internetauftritte“).¹⁶

„*Check the Web*“ existiert auf Initiative Deutschlands seit 2007. Die Umwandlung in eine Analysedatei ermöglicht nun auch die Speicherung von Personendaten. Der EU-Terrorismus-Koordinator Gilles de Kerchové will eine Integration der kurdischen PKK in die „*Check the Web*“ - Datensammlung, während die belgische Ratspräsidentschaft ebenso „Rechts-extremismus“ aber auch Tierrechts-aktivismus aufnehmen möchte.

Europol speichert in Analysedateien neben Daten zu Verurteilten und Verdächtigen auch Informationen zu Kontakt- und Begleitpersonen, darunter bei Ermittlungen zusammengetragenes Material wie Videos und Fotos, aber auch „Lebensweise“ und „Gewohnheiten“, „Einsatz von Doppelagenten“, „Drogenmissbrauch“, sowie Datenspuren aller digitalen und analogen Kommunikationsmittel, Stimmprofil, Blutgruppe oder Gebiss.

Durch uferloses Sammeln von Daten, soll „sichtbar“ gemacht werden, was der Law-and-Order-Fraktion in ihren Büros sonst entgeht, um daraus u.a. „Risikoberechnungen“ und Empfehlungen für etwaige operative Einsätze zu erörtern. Dies betrifft Autonome, WaffenhändlerInnen, SchleuserInnen, IslamistInnen, Fussballfans, Sans-Papiers (Menschen ohne Ausweisdokumente) sowie allgemein alle, die grenzüberschreitend irgendwie etwas Illegales machen (könnten). Im Prinzip geht es um das Konstrukt von „StörerInnen“ jedweder Art, welche in der europäischen (wie in der deutschen) Sicherheitsarchitektur nicht erwünscht sind und anhand von Daten greifbar und kontrollierbar gemacht werden.



But what the fuck is with the february in Dresden?

Unter dem Filter von Extremismustheorie bzw. *radicalism studies* ist eine so erfolgreiche und heterogene Mobilisierung, wie gegen die Naziaufmärsche um den 13. Februar in Dresden, wohl quasi ein sicherheitspolitisches Desaster. Der notwendige (und nicht einfache) Schulterschluss zwischen (radikalen) Linken, bürgerlicher Zivilgesellschaft und ParteivertreterInnen, der erst dazu geführt hat, das sich die Nazis von ihrem bisherigen Großaufmarschkonzept mit Höhepunkten in den Jahren 2005-2009 vorerst verabschieden dürften, stellt für VertreterInnen der „Sicherheit“ auf Kosten der Freiheit, wenn mensch deren „Logik“ folgt, einen folgenschweren „Radikalisierungsprozess“ dar, durch den auch ein breiteres Spektrum an BürgerInnen sich nicht scheut, in Aktionen kollektiven Ungehorsams die Straßen rechtswidrig zu blockieren. Damit wurden die Aktionsformen anderer Personen und Gruppen ergänzt und das Ziel erreichbarer gemacht, den Neonazis weiträumig den Boden unter den Füßen zu entziehen - und im Prinzip, wie jedeR das eine oder andere mal im Leben, das Grundgesetz mit Füßen zu treten. Zehntausende Verfassungsfeinde, fixiert auf eine Aktion.

Da nun so viele Menschen mindestens zwischen der *looking for justice* und *member of a radical group* - Phase der Radikalisierungspyramide verortet werden dürften und jetzt schnell mal die Stadt Dresden „entradikalisiert“ werden muss, war der Schlag gegen „linksextremistische Strukturen“ in Form der Razzienwelle ab dem 19. Februar 2011 ein äußerst geschickter Schachzug. Die Ermittlungen nach §129 StGB, die zu diesem Zeitpunkt schon ein dreiviertel Jahr gegen Einzelpersonen gerichtet waren und primär nicht viel mit der

12 <http://www.eurojust.europa.eu/>

13 „JI“ - für den EU- Bereich Justiz und Inneres, manifestiert im Vertrag von Lissabon
siehe <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/358380/publicationFile/3092/vertrag-von-lissabon.pdf>

14 <http://euro-police.noblogs.org/2010/10/analyse-europol-und-internationaler-datenaustausch/>

15 <http://www.datenschmutz.de/moin/SitCen>

16 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Europol-startet-ueberwachungsprojekt-Check-the-Web-176554.html>

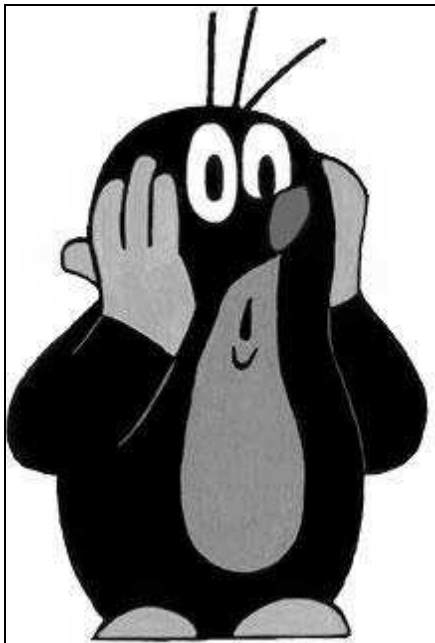
Woche um den 13.02. zu tun hatten, wurden einfach mit dieser verknüpft, wobei Leute, die sich zur Zeit der Durchsuchung im Haus der Begegnung bzw. Roten Baum aufhielten, wahllos als Mitbeschuldigte in die Ermittlungen einbezogen wurden. Medienreif konstruiert und inszeniert wurde versucht, die polizeiliche Schlappe am 19. Februar wettzumachen und im Sinne von *protest policing*¹⁷ (nach dem 13. Februar ist vor dem 13. Februar) auf die linke Szene und (etwaige) SympathisantInnen und BündnispartnerInnen zu wirken und die Schlagfähigkeit zu schwächen. Die vor allem in Sachsen äußerst beherzt vertretene „Extremismustheorie“ wird weiter gefüttert und radikale Linke als „Chaoten“, gewalttätige Feinde¹⁸ bzw. „StörerInnen“ der „Demokratie“ präsentiert, mit denen nicht im Sandkasten gespielt werden darf.

„*Match, oder was..* .
Los jetze!“

Durch die dreiste Anwendung des §129 und den damit verbundenen Razzien und Langzeitüberwachungsmaßnahmen füttert das LKA-Sachsen seine Datenbestände weiter an, um Teile der linken Szene in Dresden zu screenen, zu rastern und Aktivitäten „vorhersehbar“ zu machen. Dabei geht es nicht nur um das Groß-Event um den 13. Februar, auch wenn er in vielerlei Hinsichten als politischer Indikator für die jeweiligen AkteurInnen dient, sondern auch um Alltagsmilitanz unterschiedlichster Formen, sei es z.B. antifaschistischer Selbstschutz, antimilitaristische Aktionen, Attacken auf Polizeireviere oder das Besetzen von Häusern. Diesbezüglich ist interessant, dass es nun auch Anklageschriften für vorgeworfene

Besetzungsaktionen hagelt, was den „Rundumschlag“ gegen (radikale) Linke in Dresden noch umfassender macht. Als wenn staatliche Behörden es „ein für alle mal mit uns klären wollen würden“. Dabei stellen sie sich allerdings gewohnheitsgemäß als übermächtiger dar als sie sind, wobei eine Durchsuchungsaktion wie in der Praxis, bei der drei Hundertschaften der BFE mit Maschinenpistolen bewaffnet in ein Wohnprojekt anrücken, schon fast irgendwie hilflos wirkt – nicht unbedingt einsatztechnisch, auf jeden Fall aber politisch.

*Kampagne 129 ev
Rote Hilfe Dresden*



Wo ist der *Maulwurf* ?!

Selbst der Staat schiebt Paranoia...

Eine etwas größere sächsische Tageszeitung teilte im Rahmen der Berichterstattung um die Razzien folgendes mit... Im Vorfeld der zweiten Welle von Hausdurchsuchungen (am 12. April 2011)

sollen die BewohnerInnen des Wohnprojekts „Praxis“ von einem Insider gewarnt worden sein. Die Staatsanwaltschaft sucht nun auch noch nach einem Maulwurf in den Reihen der Polizei.

Das Wissen um diesen Sachverhalt bringt einige Menschen immer noch zu schmunzeln, geben sich die Ermittlungsbehörden doch sonst immer so kühl, lässig und professionell.

17 <http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/9805.pdf> sowie http://www.hof.uni-halle.de/marwin/Winter_Martin_Politikum_Polizei_1998.pdf Seiten 322 bis 381

18 http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/139558/publicationFile/15202/Feindbilder_und_Radikalisierungsprozesse.pdf – u.a. Jesse über „Feindbilder“ in „extremistischen“ Gruppen, gegenüber dem Rechtsstaat, der natürlich keine Feinde kennt



Zur *Notwendigkeit* *linksradikaler Politik...*

Nun, zunächst ist Politik gemeinhin ein Handeln und Vertreten von Positionen einzelner Personen oder Personengruppen auf Basis einer bestimmten Grundhaltung. Doch radikale Positionen und radikales Handeln sind nicht zwangsläufig nur an den als real anerkannten Bedingungen und Möglichkeiten orientiert. Sie gelten anscheinend als nicht gesellschaftsfähig. Im öffentlichen und tagespolitischen Diskurs wird links-radikale Politik deswegen entweder als „destruktiv“ oder als „voll extrem“ dargestellt. Das ist sie und das muss sie auch sein.

Denn nur durch konsequentes und reflektiertes Handeln können die Dinge an der Wurzel (lat. radix) gepackt werden. Egal welche Herrschaftsmechanismen - kapitalistische Verwertungslogik, sexistische Kackscheiße oder patriotischer Authority-Fetisch - sie sind vom Menschen konstruiert und genau deshalb auch wieder von ihm abschaffbar.



Bestehende (konservative) oder gar rückschrittliche (reaktionäre/regressive) Gesellschafts- und Staatsmodelle werden von linken Positionen abgelehnt bzw. von linksradikalen Positionen als „zu überwinden“ angesehen, weil Geschichte nicht einfach so passiert, sondern gemacht wird. Schließlich ist die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von sozialen Kämpfen und Gegensätzen, die es zu beenden gilt. Doch offensichtlich können sich die Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft gut einnisten, solange sie selbst nicht am Hungertuch nagen, permanenter Diskriminierung ausgesetzt sind oder solange Schland gut Fußball spielt.

Passend dazu erklärt der Staat sein

Humankapital zu freien Staatsbürgern, mit freien Wahlen, Rechten und Privilegien. Dennoch unterliegt diese falsche Freiheit der Totalität von Konkurrenz und Reproduktion. Ob neue Gesetze oder neue Steuern eingeführt werden, am Gesamtkonstrukt der Gesellschaft wird nichts verändert. Linksradikale Politik kann daher nur fernab von Verwertungslogik und Parlamenten ihren Ursprung finden. Denn sie richtet sich gerade gegen jene Facetten der bürgerliche Ideologie und gegen ihre gesellschaftliche Realität: Konkurrenz, verselbstständigte Zwänge und als „selbstbestimmte Arbeit“ verkaufte Ausbeutung.

Fünf Finger sind 'ne Faust: Die Vielfältigkeit linker Politik

Grundlegender Bestandteil linksradikaler Politik ist es zunächst einmal auf die gesellschaftlichen Widersprüche aufmerksam zu machen und diese aufzuheben. Dies funktioniert nur mit dem Wissen, dass „*die Wurzel für den Menschen [...] jedoch [immer] der Mensch selbst*“ ist (Marx). Das bedeutet, dass nur der Mensch die Zwänge, in die er sich selbst begeben hat oder gepresst wurde, auflösen kann.

Die Widersprüche tragen viele Namen, seien es Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus, Militarismus oder sei es das zerstörerische Eingreifen des Menschen in die Umwelt dieses Planeten. All diese Unterdrückungsmechanismen können als Teilbereichskämpfe verstanden werden. Genauso vielfältig wie diese Mechanismen sind auch die Aktionsformen, welche sich gegen sie richten.

Ob Flugblätter verteilt werden, Naziaufmärsche blockiert oder Bundeswehreigentum sabotiert wird, die Legitimität sollte sich zu aller erst an dem politischen Gehalt der jeweiligen Aktionsform orientieren.

Konfliktpotenzial: Die radikale Linke und der Staat

Letzten Endes steht linksradikale Politik, also progressives und emanzipatorisches Denken und Handeln, immer im Konflikt mit konservativen oder reaktionären Kräften in der Gesellschaft. Diese können zu verschiedenen Optionen greifen um Widerstand zu unterbinden: Sei es wirtschaftliche Ausgrenzung, z.B. Entlassung von unbequemen

Arbeiter*Innen, Streichung von Sozialbezügen etc.; oder politisch-soziale Isolierung, wie Berufs-, Gewerkschafts- und Parteiverbote, Überwachungsmaßnahmen, Diffamierung, Polizeigewalt, etc.. Diese Liste ließe sich noch endlos weiterführen. Eine Spitze dieser repressiver Maßnahmen stellen Knäste dar.

Der Staat besitzt gemäß seiner Verfassung das Monopol auf Gewalt und dieses setzt er nicht nur gegen Falschparker*innen oder Steuerhinterzieher*innen ein, sondern auch gegen fortschrittliche Strömungen innerhalb seiner Gesellschaft.

Mit dem Etikett „Extremismus“ wurde durch den Verfassungsschutz und konservative Wissenschaftler*innen ein Schlagwort geschaffen und erlaubt, den politischen Gegner zunächst noch unter Beobachtung zu dulden - damit die Gegner*innen des Staates bspw. ihre antifaschistische Sozialarbeit als Engagement für die Toleranz und Demokratie leistet.

Konsequenter Antifaschismus allerdings muss bis ans Äußerste gehen, weil die faschistische Bedrohung das Äußerste bedeutet: nämlich Gefahr für Leib und Leben. Damit macht sich dieses folgerichtige Vorgehen, welches nicht nur protestiert, sondern Widerstand gegen die derzeitigen Verhältnisse leistet, um so verdächtiger, je effektiver es ist. Der notwendige antifaschistische Selbstschutz wird deshalb vom Verfassungsschutz als „extremistisch“ eingestuft.

Wer oder was extremistisch ist, wird jedoch nicht nach theoretischen Analysen oder empirischen Untersuchungen entschieden, sondern nur durch eine Mischung der jeweiligen Interessen der Gesetzgeber und der guten Erkenntnisse seiner Geheimdienste.

So reicht das Bild des „Extremisten“ in den Köpfen der Bevölkerung auch nur gerade soweit wie es Massenmedien und Politik vermitteln. Genauso verhält es sich mit anderen tagespolitischen Diskursen. Ob es sich dabei um die Abschaltung von Atomkraftwerken, um Rettungspakete für nationale oder internationale Verlierer der Krise oder um die offen rassistische und sozialchauvinistische Integrationsdebatte handelt. Mit brisanten Schlagzeilen werfen die Springer-Schmierblätter und andere Medienkonzerne nach wie vor

Bomben in das Bewusstsein der Massen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit die theoretische Negation des Bestehenden in eine konsequente aber auch reflektierte Praxis umzusetzen.



Bis die Scheiße aufhört:

Radikale Theorie und Praxis

Wir lassen uns nicht auf die Klischees der „gewaltbereiten Chaoten“ oder der „asozialen Schmarotzer“ reduzieren. Die linksradikalen und autonomen Bewegungen besetzen Felder, Bäume und Häuser, malen Graffiti, stören Stadtplanungskonferenzen, fackeln Bundeswehrfahrzeuge ab und verteidigen sich gegen Faschisten nicht aus purer Lust und Laune. Jeder Teilbereichskampf ist ein Ausdruck des Widerstandes und der Kritik am Ganzen. Der tägliche Terror der Verhältnisse legitimiert unser Denken und Handeln.

Das, was Menschen mit einem linksradikalen Verständnis tun und denken, tun sie nicht voraussetzungslos. Sie handeln nicht wegen der Geschichte. Sondern mit - aus der historischen Aktualität gewonnenen - guten Gründen. Und das Wichtige daran ist, dass ihnen das Denken und Handeln niemand abnehmen kann. Das bedeutet, vorwärts zu gehen, weiter zu machen und alternative Wege einzuschlagen. Dabei passiert es beinahe zwangsläufig, auch in Sackgassen zu geraten. Eine linke Bewegung, die Kritik nicht zulässt oder sich einer Selbstreflexion verweigert, verliert schnell den Anspruch sich emanzipatorisch zu nennen.

Daher ist die Aufarbeitung der geleisteten Praxis und die kritische Reflexion eben dieser ein wichtiger Bestandteil linksradikaler Aktionsformen. Das gleiche gilt für die stetige Überarbeitung theoretischer Konzeptionen, sowie die Ablehnung autoritärer Freaks und Parteien als Mittel zur Befreiung des Menschen.

Selbst am Beispiel der deutschen Geschichte lässt sich zeigen, wie häufig es zum Umsturz oder Zusammenbruch der staatlichen Ordnung kommen kann. Auch wenn es mit Ausnahme des Beginns der Novemberrevolution 1918, die Räterepublik in München 1919, des Ruhraufstands 1920, nicht viel gegeben hat, was sich positiv aneignen ließe. So lässt sich doch in allen Fällen aus der Geschichte lernen und daraus schlussfolgern, dass auch das Konstrukt der mächtigen Hegemonialmacht BRD nicht für immer so bleiben wird wie es ist.

Die verschiedenen Ansätze linksradikaler Theorie und Praxis scheinen in manchen Punkten schwer vereinbar zu sein, doch sie alle teilen eine Absicht: Das schöne Leben fernab von kapitalistischer Verwertungslogik, staatlicher Reglementierung und nationalistischer Idiotie.

Für unversöhnliche linksradikale Politik:

Bildet Euch. Bildet andere.

Bildet Banden!

Gemeinsam gegen Nazis, Staat und Kapital!

Kampagne 129 ev

Hausdurchsuchung...

Was tun?

Versuche möglichst ruhig zu bleiben!

Sofort und solange es noch geht, Freundinnen oder beim EA anrufen. Diese sollen sich um Anwältinnen und Beobachterinnen kümmern.

Lass dir den Durchsuchungsbeschluss zeigen und lies ihn möglichst ruhig und genau durch. Sage den Beamten, sie sollen solange warten.

- Auf welche Namen lautet der Beschluss?
 - Welche Räumlichkeiten sollen durchsucht werden?
 - Wie lautet der Vorwurf bzw. der Verdacht?
 - Stehen weitere Namen auf dem Beschluss?
 - Was soll gesucht werden?
 - Gibt es einen Haftbefehl?
- Bei »Gefahr im Verzug« gibt es keinen

Durchsuchungsbeschluss.

Diese Begründung wird von der Polizei verwendet, um ohne richterlichen Beschluss in deine Wohnung einzudringen. Bestehe auf einen Beschluss und lege Widerspruch ein. Das ist leider oft wirkungslos – probiere es trotzdem!

Wenn du jetzt noch telefonieren kannst, dann gib diese Informationen weiter.

Auf jeden Fall hast du das Recht mit deiner Anwältin zu telefonieren.

Widerspruch der Durchsuchung und lass deinen Widerspruch protokollieren. Die Beamten und du solltet ihn unterschreiben. Durch den Widerspruch ist es den Beamten nicht erlaubt, schriftliche Aufzeichnungen (Tagebücher, Adressbücher, ...) durchzulesen, sie dürfen sie lediglich sichten. Die Papiere müssen versiegelt werden und nur eine Richterin oder ein Staatsanwalt dürfen sie lesen. Auch für ein späteres Verfahren ist der Widerspruch von Nutzen.

Durchsucht werden dürfen nur die Räume von der Person, auf die der Beschluss ausgestellt ist. Bei Eheleuten ist das schwierig, weil davon ausgegangen wird, dass sie die Räume der Partnerin oder des Partners jeweils mitbenutzen (trotzdem versuchen). Bei sogenannten ehe-ähnlichen Lebensgemeinschaften versuchen sie das Konstrukt von Ehe. Die Annahme, du würdest die Räume deines Freundes oder deiner Freundin nutzen, ist eine Unterstellung. Bei Wohn- und Hausgemeinschaften ist völlig klar, dass die Räume von Nicht-Beschuldigten nicht betreten werden dürfen.

Durchsucht werden dürfen zusätzlich zu den Zimmern der/des Betroffenen nur Gemeinschaftsräume, wie Küche, Bad, Stube, Keller, Dachboden und Nebengebäude, wenn sie der WG zur Verfügung stehen und nicht vermietet sind. Kinderzimmer dürfen nur in Augenschein genommen werden. Nur bei offensichtlicher Mitbenutzung durch die oder den Beschuldigten nehmen sie sich das Recht, doch herumzuspüren. Bedenke, dass PCs, Laptops und Datenträger beschlagnahmt und/oder deren Daten kopiert werden können. Es ist sinnvoll Backups von Dingen wie z.B. Haus- oder Magisterarbeiten zu fertigen,

die sich aber nicht in der Wohnung befinden sollten. Obwohl es bei politischen Hausdurchsuchungen noch selten Thema war, sei auf die strafrechtliche Relevanz von MP3- und Filmsammlungen zweifelhafter Herkunft hingewiesen.

Es verlangt viel verbale Kraft, die Durchsuchung einzelner Räume zu verhindern, lohnt sich aber! Die Beamten versuchen meist alle Räume gleichzeitig zu durchsuchen.

Bestehe darauf, dass du oder eine von dir bevollmächtigte Zeugin in jedem Raum dabei sein kann. Die Durchsuchung also Raum für Raum stattfindet – womöglich haben sie ja etwas mitgebracht (Papiere, Wanzen, ...).

Das Anwesenheitsrecht hast du auf jeden Fall, auch wenn von der Polizei üblicherweise Mitarbeiterinnen der Stadt/Verwaltung als Zeuginnen mitgebracht werden. Wenn dir vertraute Beobachterinnen schon herbeigeeilt sind, kannst du sie als Zeuginnen benennen. Ebenso natürlich die Anwältin.

Wenn die Beamten Unterlagen, die du ständig brauchst, zur Beschlagnahme sichten, entsteht eine Situation, in der du abwägen kannst: Natürlich gilt bei der gesamten Durchsuchung der Grundsatz nicht mit den Herren und Damen zusammenzuarbeiten, aber wenn sie die Papiere lesen dürfen, lassen sie sie unter Umständen da. Wir schreiben hier nur von Räumen.

Denke aber auch daran, dass dies genauso für Fahrzeuge und deren Unterstände (Garagen) gelten kann. Hier wird oft versucht, einen Verstoß gegen die StVO zu ahnden (fehlender Verbandskasten, ASU, TÜV...).

Am Ende der Durchsuchung wird ein Durchsuchungsprotokoll geschrieben. Alles was sie mitnehmen, sollte möglichst genau (Titel, Farbe, Größe und Fundort) aufgelistet werden, damit nichts verwechselt oder hinzugefügt werden kann. Auch wenn nichts mitgenommen wird, muss dies protokolliert werden. Streichungen sollen Protokollantin und Zeugin jeweils extra unterschreiben. Du jedoch nicht.

Aus dem Formular muss hervorgehen, dass du mit alledem nicht einverstanden bist und dass du eine richterliche Überprüfung der Durchsuchung

beantragst.

Lies das Protokoll in Ruhe durch, damit du alles mitkriegst. Wenn du etwas nicht verstehst, frag nach.

Wenn etwas fehlt, verlange, dass es nachgetragen wird, z. B. tatsächlich durchsuchte Räume, beschlagnahmte Gegenstände, widerrechtlich Durchsuchtes, wie z. B. Zimmer anderer Personen, Firmenwagen o. ä.

Es ist genügend Zeit, der Tag ist dir sowieso versaut.

Du wirst aufgefordert, das Protokoll zu unterschreiben, solltest es aber bleiben lassen. Im Gegensatz dazu muss der Einsatzleiter und Zeuge auf jeden Fall unterschreiben. **Durchschlag unbedingt aushändigen lassen!**

Checkliste

...am Telefon liegen lassen

Wichtige Telefonnummern

notieren: Ermittlungsausschuss (EA)
Anwältin
Unterstützerinnen

1. Ruhe bewahren.
2. Sofort gut erreichbare Person **anrufen**, der du das unter Punkt 3 aufgelistete sagst. Sie soll Anwältin, EA und Beobachterinnen benachrichtigen und zu dir schicken.
3. Die Polizei steht vor der Tür:
 - Frage, **gegen wen richtet sich die Hausdurchsuchung?**
 - Frage, was ist der **Grund des Durchsuchungsbeschlusses?**
 - **Durchsuchungsbeschluss verlangen** und lesen (Kopie geben lassen. Bei dem Grund: »Gefahr in Verzug« gibt es keinen Beschluss)
 - Name und Dienstnummer des Einsatzleiters erfragen.
4. **Widerspruch gegen die Durchsuchung einlegen und diesen protokollieren lassen** (unterschreiben).
5. Verlange, dass nur unter den Augen der Beschuldigten und/oder ihrer Vertreter innen durchsucht wird (ein Raum nach dem anderen, nicht alle gleichzeitig).

6. Keine Aussagen machen! Keine Gespräche mit den Beamten! (Auch Zeuginnen müssen nicht vor Ort ohne Anwältin Aussagen machen.)

7. Pass auf!

- Durchsucht werden dürfen nur die im Durchsuchungsbeschluss genannten Räume.
- Durchsuchungen anderer Räume verhindern, Widerspruch einlegen.
- Verlange die **Versiegelung** der beschlagnahmten Papiere und Notizen. Nur der Staatsanwalt darf vor Ort lesen, aber kein gemeiner Beamter.
- Du hast keine **Mitwirkungspflicht** bei der Durchsuchung.

8. Die Polizei muss dir ein Durchsuchungsprotokoll aushändigen, in dem die beschlagnahmten Dinge genauestens aufgelistet sein müssen (kontrolliere das in Ruhe). Die Beamten und die von ihnen mitgebrachten Zeugen müssen unterschreiben. **Du nicht!**

Wenn nichts beschlagnahmt wurde, muss auch das schriftlich bestätigt werden.

- 9. Nach der Hausdurchsuchung: Gedächtnisprotokoll schreiben**
- **Einspruch** über Anwältin einlegen
 - Schadensbilanz erstellen
 - Bedenke, dass **Abhöranlagen** angebracht worden sein könnten.

Rote Hilfe: „Checkliste für Hausdurchsuchungen“

Zum Schluss:

Aktuell stehen die Dresdner Behörden wieder im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit. Am 19. Februar 2011 wurden über eine Millionen TKÜ-Datensätze abgefragt. Die Ziffer der Betroffenen im Vorfeld liegt weit höher, denn bereits seit 2009 wird die Dresdner Szene telekommunikationsüberwacht.

Ein Teil der Überwachungen wird durch die Ermittlungen wegen „Gründung einer kriminellen Vereinigung“ gerechtfertigt.

Es gibt Bemühungen des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ allen (von dieser Überwachung) Betroffenen, durch die Vermittlung von Anwält*innen, die Möglichkeit zu geben ihre Daten abzufragen bzw. Selbstauskünfte zu erlangen. Wie ihr den Behörden auf die Nerven gehen könnt und andere Infos dazu gibt es auf der Website von „Dresden Nazifrei“.

Außerdem kritisiert die „Kampagne 129 ev“ die Repressionen im Vorfeld der IMK (Innenministerkonferenz). Unter dem Vorwand, es könne zu Störungen und Sabotageakten an oder während der IMK kommen, wurden gegen mehrere Personen Anzeigen erstattet und Hausdurchsuchungen durchgeführt. Ob in Dresden, Leipzig, Frankfurt oder anderswo: Vergessen wir nicht die Solidarität!

Zeigt euch solidarisch mit
allen Betroffenen von Repression!

Sammelt Kohle für die Verfahren
oder startet Soli-Aktionen
in Eurer Umgebung!

- Juni 2011 -

Spendenkonto:

Rote Hilfe Dresden

Konto: 609760434

BLZ 36010043, Postbank Essen

Stichwort „129 Verfahren“

Stichwort „129 Soliarbeit“

Kampagne 129 ev

Informationen zu den
laufenden §129-Verfahren
in Sachsen und Brandenburg



Internet:

www.129-ev.tk

eMail:

[abolish129 @ riseup.net](mailto:abolish129@riseup.net)